

**notorier.**  
kleinen Rentner  
hab. in § 26  
der nachstehende  
Einkommen  
nicht über 1000  
Rheinische Pfund  
des Lebens-  
mittels ist  
im Stande die  
Zugang seiner so-  
zialen Eingliederung als  
Verlangen der  
Leben, soweit nach  
Einzahlung der  
Abgabe oder sonstwie  
die Abgabe-  
leistung kann  
auch nach dem  
Tod des überlebenden  
Gesetz.  
ausgehen oder  
leben, wenn und  
wenn eine Ver-  
sicherung ein  
höhere Stellung  
des Abgab-  
er bestehen kann  
ob der Abgabe  
diesen Ertrag  
Rentner bei der

# Lichtenstein-Gaußberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schindl, Höll, Sankt Peter, Höll, St. Johann, Schönstatt, Wartberg, Stadtteil Orlamündorf, Müllen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Engelsdorf, Ober, Niederröthenbach und Weißheim

## Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Offizielle Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 168.

Hauptveröffentlichungs-  
ort im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 24. Juli

Geheimertheit Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Margarine, Fettkarte Abschnitt X, 50 Gramm 23 Pfz.  
Donnerstag Steinmechmehl, 2 M. R. A. Abschnitt B 3, 1/4 Pfz. und  
1/4 Pfz. Suppe zusammen 60 Pfz. Steinmechmehl kann nur mit Suppe  
abgegeben werden, da dies eine Sonderzulassung ist.  
Reks, für Kinder bis zu 4 Jahren auf Abschnitt I bezw. II der neuen  
Kinderhochmittelkarte, 1 Paket 40 Pfz. Donnerstag nachm. 3-1/2 Uhr  
in der Milchküche.

Kunstspeisefett, 100 Gramm für 1,05 Mark bei den Fleischern  
Donnerstag, den 24. Juli, auf Speisefettkarte — Delmarke April Mai.  
Röfe, 1 Stück für 22 Pfz. auf Lebensmittelkarte B — Marke 37 bei  
Hammer, Merkel, Stiegler, Stein, Sachse und Herold.

Der Dörfersnährungsausschuss für Gaußberg.

**Bekanntmachung.**  
Da in unserem Orte eine außerordentliche Wohnungsnot besteht, wird  
hierdurch gemäß Artikel I der Bekanntmachung zum Schutz der Mieter vom  
22. Juni 1919 angeordnet,  
daß jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden  
und Werkstätten dem unterzeichneten Gemeindevorstand vom Vermieter  
binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages schriftlich  
anzugeben ist.

Die Anzeige hat zu enthalten: den Namen des Mieters, die  
bisherige Wohnung desselben, die Kopfzahl der Familie, die Zahl  
der ermittelten Räumlichkeiten, sowie die Höhe der Miete und den  
Tag, an dem das Mietverhältnis beginnen soll.

Aus einem Mietvertrage, der der Gemeindebehörde  
nicht angezeigt worden ist, können von dem Vermieter keine  
Aufsprüche geltend gemacht werden.

Hohndorf (Bez. Chemnitz), am 17. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand.  
Schuster.

**Bekanntmachung.**  
Da die Preise für elektrisches Licht und elektrische Kraft sowie auch die  
Materialienpreise z. w. wesentlich gestiegen sind, macht es sich leider nötig, auch  
den Wasserzins für den Privatverbrauch zu erhöhen, weshalb der Gemeindevorstand  
beschlossen hat, ab 1. Juli dieses Juh eine Erhöhung des Wasserzinses  
um 10 Pfz. pro cbm einzutreten zu lassen, sodass vor dem vorgenannten Zeit-  
punkt ab für 1 cbm entnommenes Wasser 40 Pfz. zu entrichten sind.

### Kurze wichtige Nachrichten.

\* Clemenceau hat nach der „National-Zeitung“  
bei der Verbündetenkonferenz die Unterstützung der  
französischen Forderungen an Deutschland für die  
Züchtigung des Sergeanten Wanheim nachzuholen. —  
Frankreich sucht also einen Kriegsgrund gegen  
Deutschland!

\* Der Reichsfinanzminister ist damit einverstanden,  
dass der Stichtag für die Vermögensabgaben  
sofort auf den 30. Juni 1919 gelegt wird, wodurch dann  
allerdings eine Verlustabschreibung zulässig.

\* Dr. Bell ist zum Verkehrsminister ernannt worden.  
Er wurde beauftragt mit den Vorarbeiten für die  
Überführung der Staatsseisenbahnen auf das Reich  
und mit der Bildung eines Reichsverkehrsrates.

\* Im englischen Unterhaus wurde der Friedens-  
vertrag in allen Lesungen, nachdem die irischen Re-  
publikaner als Protest gegen die Haltung der Re-  
gierung in der irischen Frage eine Abstimmung ver-  
langt hatten, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen.  
Die den englisch-französischen Vertrag be-  
treffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen an-  
genommen.

\* Wie in diplomatischen Kreisen mitgeteilt wird,  
haben die in Paris zurückgebliebenen Mitglieder der  
französischen Delegation von ihrer Regierung den Fried-  
ensvertrag, den Friedensvertrag zu unterschreiten,  
weil davon sich beteuerkt habe, Schantung  
früher an China zurückzugeben.

\* Die Vorstandswahl auf dem Demokratischen Par-  
teitag ergab folgendes Ergebnis: Zum ersten Vor-  
steuern wurde im zweiten Wahlgange Raumann  
mit 31 Stimmen Mehrheit gewählt. Die stell-  
vertretenden Vorständen Gerhard, Hieber und Bernd  
Klemm Blumer wurden durch Zusatz gewählt.

\* In der gestrigen Sitzung der Nationalversamm-  
lung wurde die 2. Lesung des Versailler Vertrags  
zu Ende geführt. Der Kaiserstift ist angenommen.

\* Von Polen wird behauptet, dass die gemeldete Er-  
schließung zweier Grenzschubaborte zu hoch erfolgt  
sei. Von deutscher Seite wird der Fall weiter ver-  
folgt.

\* Die Lohnbewegungskreise in Amerika und Can-  
ada nehmen an Umfang zu.

### Der deutsche Friedensschritt 1916.

Der Staatsminister a. D. Dr. Helfferich gibt in  
dem zweiten Band des Buches „Der Weltkrieg“, das  
in den nächsten Tagen erscheint, Aufschluss über  
die Friedensbemühungen des Reichskanzlers v. Wies-  
mann-Hallweg während des Jahres 1916. Er erwähnt darin, daß der Kanzler von einem Schritt  
bei Wilson, um diesen zu einer aus den Frieden-  
sgesprächen Attest zu bekommen, zum ersten Male  
nach der Kriegserklärung Rumäniens Ende August  
1916 zurückkehre. Helfferich habe berichtet, daß  
Wilson in einem solchen Falle uns vor einer inter-  
nationalen Konferenz führen würde, in der unsere  
Feinde über uns zu Bericht sähen. Er hätte vorge-  
schlagen, eine Verständigung mit Russland auf Ro-  
manien zu suchen. Helfferich erwähnt dann wei-  
ter, daß die Rede Greys am 21. Oktober über den  
Föderationsrat auf den Reichskanzler einen harten Ein-  
druck gemacht habe. Helfferich habe daraufhin ein-  
vokabeln, ein offenes Friedenswort zu sprechen, auf  
welches die Feinde antworten müssten. Der Kanzler  
erwärmte sich für diesen Gedanken und riet ihm  
dem Kaiser vor. Dieser war sofort einverstanden,  
und der Kanzler besprach die Frage dann mit dem  
Generalstabschef v. Hindenburg. Hindenburg  
wollte sich nicht gegen die Anregung stellen und er-

klärte, er könne keine Aussichten eröffnen, daß nach  
Beendigung des rumänischen Feldzuges, die in einigen  
Wochen zu erwarten wäre, im Winter oder im  
nächsten Frühjahr ein entscheidender Schlag ge-  
führt werden könnte. Der Kaiser schrieb daraufhin  
einen Brief an Bernmann, in dem er erklärte, daß  
die in der Kriegsverhandlung befindlichen Feinde  
keine Männer hätten, die den moralischen Mar-  
kten, das bestehende Wort zu sprechen. Der Ver-  
söhnung zum Frieden sei eine sittliche Tat und dazu  
gehört ein Herrscher, der ein Gewissen habe und sich  
Gott verantwortlich fühle. Er habe den Mut da-  
zu und wolle es mit Gott wagen. Er lädt v. Bernmann  
zu baldiger Vorlegung der entsprechenden  
Noten. Am 6. Dezember fiel Balfour und v. Bern-  
mann war der Schriftzug für die Aktion getroffen und  
am 12. Dezember übergab dann der Reichskanzler  
die Vertreter der neutralen Mächte die Note  
mit dem Gesuch um Übermittlung an die Feinde.

Wesentlich hervorzuheben ist der Nachweis Hef-  
ferichs, daß die deutsche Politik dem Präsidenten Wil-  
son gegenüber nicht ein doppeltes Spiel gespielt  
habe, indem sie, wie ihm später vorgeworfen wurde,  
eine Friedensvermittlung nachgezogen hätte und dann,  
nachdem Wilson sich hierzu bereit erklärt, mit  
einer eigenen Aktion vorgegangen sei. Helfferich er-  
klärt vielmehr, daß Anfang September Präsident Wil-  
son nur zur Einholung einer persönlichen Wei-  
bungserklärung Wilsons beansprucht wurde und daß  
die Möglichkeit, daß Wilson wegen seiner Auseinandersetzung  
mit dem bevorstehenden Neuwahl etwas für den  
Feinden tun könnte, uns nicht in der eigenen In-  
tuition bechränken dürfte. Aus dem bekannten Buche  
Greys geht übrigens hervor, daß Wilson nach vier  
Wochen nach seiner Wiederwahl keine bestimmten  
Schritte zugunsten des Friedens ins Auge gesetzt  
hatte.